

**Dr. Anton Hofreiter**

(A) man sich stellen. Es reicht nicht, schöne Handbücher herauszugeben, die von der Presse zu Recht als Placebo beschrieben werden. Machen Sie lieber vernünftige Gesetze! Dann bekommen Sie auch von uns Applaus.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Jetzt hat der Bundesminister Peter Ramsauer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte meine Rede eigentlich ganz anders beginnen; aber der Kollege Hofreiter kommt mir heute aus mehreren Gründen gerade recht.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Erster Grund. Was die Regierung zu tun und zu lassen hat, das wissen wir selber am besten.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Eben nicht! Das ist ja das Problem!)

Deswegen sind wir ja an der Regierung.

(B) (Hans-Joachim Hacker [SPD]: Macht auf Zeit!)

Wenn Sie sagen, die Regierung solle Gesetze ändern, dann antworte ich Ihnen als jemand, der diesem Parlament bereits 21 Jahre angehört: Gesetzesänderungen sind Sache des Parlaments, bei uns des Deutschen Bundestags.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sache der Regierung ist es, ordentlich und gut zu regieren, und zwar gesetzeskonform.

(Lachen bei der SPD – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können auch Initiativen ergreifen!)

Auch das ist mit dieser Regierung in guter Weise gewährleistet.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist nicht verboten, Gesetzesinitiativen zu ergreifen!)

Manche Dinge muss man einfach richtigstellen. Sonst heißt es, der Ramsauer habe das im Raum stehen lassen und identifiziere sich vielleicht damit. Lassen wir also die Kirche im Dorf!

Zweiter Grund. Es ist eigenartig, Herr Kollege Hofreiter: Sie beschwerten sich über gute Planungen. Das war auch bei einigen anderen Oppositionsrednern der Fall. Als Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung will ich hier einmal eine Lanze brechen für die

(C) hervorragenden Planer und Planungsingenieure in all unseren Planungsbehörden, angefangen von den Gemeinden über die Länder, die Bezirksregierungen bis hin zum Bund. Wir haben überall hervorragende Planer.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Sören Bartol [SPD])

– Danke, Herr Bartol. Klatschen Sie ruhig, trauen Sie sich!

(Sören Bartol [SPD]: Habe ich doch!)

Ich lobe diese Leute.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Wir auch!)

Warum planen sie so intensiv? Weil sie vorschriftsgemäß planen. Was würden Sie sagen, lieber Herr Kollege Hofreiter, wenn wir mit lückenhaften Planungsunterlagen ins Planfeststellungsverfahren gingen? Dann wären Sie doch der Erste, der das anprangern würde. Zu dieser intensiven Planung gehört schlicht und einfach die Tatsache, dass Dinge bis in die kleinsten Details hinein berücksichtigt werden müssen. Sie sind gelernter Biologe, Sie haben über die biologische Artenvielfalt in den Anden promoviert. Sie sollten wissen, dass in solchen Planfeststellungsunterlagen auch berücksichtigt werden muss, in welcher Vegetationsperiode, in welcher Kalenderwoche im Jahr der letzte Wiesenbrüter von A nach B transferiert werden kann, weil sonst nicht weitergebaut werden darf. Das sind die Realitäten in unserem Lande, über die in vielen anderen Ländern der Welt – auch in Südamerika, wo Sie Ihre Forschungen gemacht haben – nur noch gelacht wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(D) Aber wir halten uns natürlich daran, weil wir auf die Einhaltung der Vorschriften achten.

Sie kommen mir aus einem dritten Grund gerade recht. Sie haben mir vorgehalten, eine Wunsch-dir-was-Bundesverkehrswegeplanung zu betreiben. Vielleicht können Sie sich noch erinnern; im Jahr 2002 waren Sie ja schon im Bundestag, das haben Sie mir letztes gesagt. Wir haben übrigens neulich ein sehr gutes Gespräch geführt; das möchte ich einmal verraten, wir sind ja unter uns.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie können sich sicherlich daran erinnern, lieber Herr Kollege Hofreiter, dass dieser von Ihnen als solcher bezeichnete Wunsch-dir-was-Katalog eine Erbschaft aus rot-grüner Regierungszeit ist. Der letzte Investitionsrahmenplan, den wir jetzt abgelöst haben, hatte ein Volumen von 57 Milliarden Euro. Wir haben das Ganze wieder auf eine realistische Grundlage gestellt. Der Investitionsrahmenplan, den ich vor wenigen Wochen nach langen Konsultationen in Kraft gesetzt habe, hat ein Volumen von nur noch gut 41 Milliarden Euro.

(Stephan Kühn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sind mit 9 Milliarden Euro unterfinanziert!)

Damit ist der Plan wesentlich realistischer geworden.

**Bundesminister Dr. Peter Ramsauer**

(A) (Sören Bartol [SPD]: War das jetzt der IRP oder der Bundesverkehrswegeplan?)

Jetzt aber zum eigentlichen Thema des heutigen Tages. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei diesem Thema rennen alle bei mir, dem zuständigen Minister, offene Türen ein. Insofern begrüße ich ganz ausdrücklich diese Debatte. Wir alle wissen, dass wir zwar schon heute umfassende gesetzliche Beteiligungsverfahren haben, aber man sich mehr wünscht. Deshalb habe ich gestern das *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung* in der Bundespressekonferenz vorgestellt. Ich möchte dazu gerne einiges sagen. Das, was in diesem Handbuch steht, geht Hand in Hand mit dem, was der Kollege Dr. Hans-Peter Friedrich als Bundesinnenminister in derselben Pressekonferenz erläutert hat, dem Planungsvereinheitlichungsgesetz. Das Planungsvereinheitlichungsgesetz liefert sozusagen den gesetzgeberischen Rahmen für die praktische Substanz; im Handbuch machen wir die entsprechenden praktischen Vorschläge.

Ich möchte in dieser Debatte drei Kernbotschaften hervorheben, die mit dem *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung* in Verbindung stehen. Die erste Kernbotschaft lautet: Wir müssen in Deutschland Großprojekte und Verkehrsinfrastrukturprojekte aller Art weiter ermöglichen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das mag für manche wie ein Angriff klingen,

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Ja!)

(B) für diejenigen, die überhaupt nichts verändern wollen.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Die alles verändern wollen!)

Gott sei Dank ist die Mehrheit dafür und sagt: Das ist ja wohl eine Selbstverständlichkeit. – Über den Begriff des Großprojekts kann in der Tat gestritten werden: Wann ist etwas ein Großprojekt? Wenn man in Länder wie Brasilien, Indien, Japan, China oder Russland reist, dann merkt man: Die lachen über das, wofür wir schon den Begriff Großprojekt verwenden.

Es geht hier aber nicht nur um Großprojekte – nach unserer Terminologie –, sondern auch um stinknormale Bundesfernstraßenausbauten oder um Schienenbauten. Es muss weiter möglich sein, von einem Gleis auf zwei Gleise auszubauen; das darf nicht sofort verteufelt werden. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, vor allen Dingen im Hinblick auf das Wachstum im Güterverkehr. Jawohl, der Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene;

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Schön wär's!)

aber wenn das geschehen soll, dann muss man Schienenbauten ermöglichen. Dazu bekenne ich mich in aller Form.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die zweite Kernbotschaft lautet: Schneller bauen bei mehr Bürgerbeteiligung. Ich weiß, dass viele dies für eine Quadratur des Kreises halten. Aber wir müssen uns

dieser Anstrengung stellen, damit wir solche Infrastrukturprojekte weiterhin durchführen können, damit wir weiter große Infrastrukturprojekte durchsetzen können. Wenn man die Beiträge heute Vormittag zusammennimmt, wird deutlich: Wir stimmen darin überein, dass dies nur mit einer besseren, frühzeitigeren Bürgerbeteiligung möglich ist, und zwar im Rahmen der bestehenden Regelungen, die in diesem Handbuch *expressis verbis* aufgeführt sind. Die Bürgerbeteiligung muss dem Verfahren gemäß den bestehenden gesetzlichen Regelungen vorgeschaltet werden.

Ich möchte noch einmal unterstreichen – auch da befinde ich mich im Einklang mit den Rednern der Opposition –, dass diese Beteiligung nicht erst dann stattfinden soll, wenn viele Dinge weitgehend festgeklopft sind, sondern schon sehr frühzeitig, wenn wir noch Spielräume haben, wenn die Pläne noch nicht fix und fertig sind.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Entschuldigung, Herr Minister. Erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hagedorn?

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Gerne. Das gibt mir die Möglichkeit, meine Redezeit x-beliebig zu verlängern.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Nein, x-beliebig nicht. Frage und Antwort sollten kurz und präzise sein.

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ja, aber dennoch erschöpfend.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Bitte, Frau Hagedorn.

**Bettina Hagedorn** (SPD):

Herr Ramsauer, ich konnte der Presse entnehmen, dass Sie im Zusammenhang mit Ihrem *Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung* das Dialogforum, das in Schleswig-Holstein zur Hinterlandanbindung durch die feste Fehmarnbelt-Querung implantiert ist, als Beispiel lobend hervorgehoben haben. Dazu habe ich eine Frage.

Wir beschäftigen uns hier mit einem Antrag der SPD-Fraktion, –

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

**Bettina Hagedorn** (SPD):

– der explizit einen Dialog auf Augenhöhe vorsieht; das ist hier von vielen angesprochen worden.

**Bettina Hagedorn**

- (A) (Thomas Jarzombek [CDU/CSU]: Ist die Fragezeit auch x-beliebig?)

In Schleswig-Holstein steht dahinter aber ein dickes Fragezeichen; denn es wird nur über das Wie und nicht über das Ob dieses Großprojekts gesprochen. Das wäre aber nach Heiner Geißler Voraussetzung, um die Ernsthaftigkeit eines Dialogs zu dokumentieren.

Jüngst haben zwei sehr engagierte Vertreter der dortigen Bürgerinitiative unter berechtigtem Protest das Dialogforum verlassen, weil alle anderen Teilnehmer, insbesondere die Befürworter dieses Projektes, mit Unterlagen ausgestattet wurden, die den Gegnern nicht zur Verfügung gestellt worden sind. Würden Sie unter den Aspekten, die ich gerade geschildert habe, immer noch daran festhalten, dass das Dialogforum eine Vorbildfunktion für die von Ihnen gewünschte Bürgerbeteiligung hat?

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Vielen Dank für die Frage, liebe Frau Kollegin Hagedorn. Ich möchte die Frage nicht nur mit einem klaren Ja in Bezug auf die Vorbildfunktion beantworten, sondern eine ausführliche Antwort geben. Herr Präsident, ich merke an, wenn ich die Beantwortung beendet habe.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Frau Hagedorn, Sie kommen mir mit Ihrem Beispiel gerade recht. Ich wäre sogar noch darauf zu sprechen gekommen. Die Frage hat im Grunde genommen zwei Aspekte: zum einen den, wie das mit dem Ob ist – die Ob-Philosophie –, zum anderen den, wie das konkret mit dem Planungsdialog in diesem Bereich ist.

Ich habe mich am 25. Juni letzten Jahres – das war ein Samstag –, ausführlich mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Sie wissen das, ich hatte Sie persönlich eingeladen.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ich war nicht eingeladen!)

Das Infozentrum, das wir in Burg auf Fehmarn errichtet haben, lässt wirklich keine Frage offen; es ist vorbildlich. Ich habe an diesem Samstag alle Bürgermeister auf der Strecke von Lübeck bis Puttgarden auf eine Zugfahrt eingeladen. Wir sind in Lübeck gestartet und sind dann von Gemeinde zu Gemeinde gefahren. Ich war im Führerhaus und habe mir die Bürgermeister einzeln von Gemeindegebiet zu Gemeindegebiet ins Cockpit des Zuges geholt.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Aber danach hatte ich nicht gefragt, Herr Ramsauer!)

– Ich antworte gerade auf Ihre Frage. – Ich habe den Präsidenten des Bauernverbands für diese Belange dabeigehabt und habe mir von Bahnübergang zu Bahnübergang, von Gemeindegrenze zu Gemeindegrenze,

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das habe ich nicht gefragt!)

von Schrebergartenkolonie zu Badestrand, von Badestrand zu Gewerbegebiet im Einzelnen erklären lassen, wo welche Probleme liegen. (C)

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist keine Beantwortung meiner Frage!)

Damit beginnt zum Beispiel der Planungsdialog, der Bürgerdialog.

(Abg. Bettina Hagedorn [SPD] nimmt wieder Platz)

– Bitte bleiben Sie stehen, solange ich antworte.

(Bettina Hagedorn [SPD]: Ich stehe wieder auf, wenn Sie meine Frage beantworten!)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Herr Minister, in der Geschäftsordnung steht, dass Fragen und Bemerkungen genauso wie die Antworten kurz und präzise sein sollen. Ich bitte Sie, präzise zu antworten.

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Okay, dann mache ich es kürzer; ich respektiere das. Aber die Frage gibt viel her. Lob für die Kollegin Hagedorn!

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Dann müssen Sie das in Ihre Rede einbauen, nicht in die Antwort. (D)

**Dr. Peter Ramsauer**, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Ich werde dann in einer anderen Rede mehr über meine Erlebnisse bei dieser Zugfahrt reden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt zu der Frage des Ob, Frau Kollegin Hagedorn. Wollen Sie in Bezug auf den Grundkonsens „von der Straße auf die Schiene“ ewig lang über das Ob diskutieren, darüber, ob wir bei der Fehmarnbelt-Querung nur eine Straße für den Güterverkehr haben wollen oder ob wir auch eine Anbindung durch einen zweigleisigen Eisenbahnausbau bewerkstelligen?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich sage Ja zu einem Eisenbahnausbau.

(Herbert Behrens [DIE LINKE]: Es ist doch kein faires Verfahren, wenn nur ein Teil die Unterlagen bekommt!)

Bei der A 1 muss noch ein kleines Stück verlängert werden. Ich bin demnächst wieder dort.

Jetzt bin ich mit der Antwort leider Gottes zu einem vorzeitigen Ende gekommen.

(Heiterkeit)

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Vielen Dank, Herr Minister.

**Dr. Peter Ramsauer,** Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Die dritte Kernbotschaft – eine alte Regel auch aus meiner kommunalpolitischen Erfahrung vor Jahrzehnten – ist: Wir müssen alle Betroffenen zu Beteiligten machen. Der Grundsatz des Beteiligens Betroffener wurde in der Vergangenheit eigentlich immer so verstanden, dass nur diejenigen zu Wort kommen, die als Betroffene *gegen* etwas sind. Ich möchte erreichen – das ist in dem Handbuch, in diesen Empfehlungen ausgeführt –, dass sich von den Betroffenen auch diejenigen zu Wort melden und ermuntert werden, sich als Betroffene und Staatsbürger einzumischen, die *für* etwas sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Lautesten in unserem Land sind zwar laut; aber sie repräsentieren in der Regel nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Deswegen müssen sich diejenigen, die dafür sind – das ist in der Regel die Mehrheit –, einmal trauen. Sie dürfen sich nicht darauf verlassen, wie es in unserer politischen Kultur leider Gottes eingerissen ist, dass die Politik es schon richten wird. Wir haben viele Aufgaben wahrzunehmen und den Kopf hinzuhalten. Aber wir können dies umso besser tun, je mehr auch positiv Betroffene und diejenigen, die für etwas sind, mit viel Zivilcourage etwas sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

(B) Eines muss allerdings auch klar sein: Die passgenaue Form eines solchen Bürgerdialogs kann man nicht, wie die SPD dies in ihrem Antrag tut, für alle möglichen Anwendungsfälle gesetzlich normieren und in ein Zwangskorsett gießen; man muss das je nach Einzelfall passgenau machen. Was beim Brenner-Zulauf im Süden unserer Republik auf diese oder jene Art geeignet ist, muss für den Zulauf zur Fehmarnbelt-Querung, im Rheintal oder beim Bau einer neuen Lande- bzw. Startbahn nicht unbedingt passen. Das Ganze ist quasi ein Werkzeugkasten, aus dem sich Betroffene, Beteiligte, Projektprüfer und Vorhabenträger bedienen können; aber im Einzelfall muss individuell entschieden werden.

Ziel ist, dass wir die Bürger, und zwar alle, besser erreichen. Warum sage ich „alle besser erreichen“? Weil wir aus Stuttgart 21 gelernt haben. Es sind zwar zig Wahlen darüber hinweggegangen – mehrere Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, Wahlen, bei denen immer das Projekt Stuttgart 21 durchgekaut worden ist; es gab formale Beteiligungsprozesse –, aber als es dann losging, wollte niemand mehr etwas gewusst haben, so als sei dies ein Meisterstück der Zusammenarbeit mit dem deutschen Geheimdienst gewesen. Von ihm erfahren wir oft mehr. Deswegen haben wir gelernt: Die kognitive Barriere muss überwunden werden, sodass alle Bürger mit den entsprechenden Informationen erreicht werden. Gott sei Dank können wir dies mit den heutigen Kommunikationsmöglichkeiten wesentlich besser tun. Die Pläne können effektiver ausgelegt werden und vieles mehr.

(C) Ich möchte aber auch auf die Grenzen des Machbaren hinweisen. Ein solcher Bürgerdialog darf nicht die Illusion wecken, dass alle Erwartungen umgesetzt werden können; denn wir müssen natürlich die Mechanismen, die wir haben, die heutigen formalen Bewilligungsprozesse durchlaufen. Warum? Weil diese Verfahren den Bürgern umgekehrt wieder Rechte, nämlich Prozess- und Klagerechte, verleihen, und die will ich nicht einschränken. Sie verlängern das Ganze zwar; aber ich möchte solche Rechte nicht einschränken. Wir haben zum Teil nur noch eine Instanz und eine Berufung bei Nichtzulassung. Diese Rechte können durch noch so viel Bürgerbeteiligung nicht verwässert werden; aber wir können solche Genehmigungsprozesse deutlich konfliktärmer, wenn auch nicht ganz konfliktfrei gestalten.

Ferner muss klar sein: Wenn man am Ende zu Ergebnissen gekommen ist, dann müssen diese Ergebnisse auch verbindlich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was ich soeben gesagt habe, Frau Kollegin Leidig, das waren wortwörtlich – Frau Kollegin Leidig, hören Sie mir bitte zu! Ich rede gerade über Ihre Rede.

(Sören Bartol [SPD]: Das ist unverschämt!)

Wenn ich jetzt eine Frage stellen dürfte, würde ich fragen: Können Sie sich noch an Ihre Rede erinnern?

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Ja! Sehr gut!)

Sie haben gesagt: Ergebnisse müssen verbindlich sein. Da kann ich nur zustimmen. Allerdings müssen die Ergebnisse auch dann verbindlich sein, wenn sie Ihnen nicht in den Kram passen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D) Das war ja bei Stuttgart 21 interessant. Da kam es zu einem Mediationsverfahren und dann noch zu einem Volksentscheid. Der Volksentscheid hat ein demokratisch nicht überbietbares Ergebnis gebracht. Dieses Ergebnis ist angegriffen worden, weil es vielen Leuten Ihrer Couleur nicht in den Kram gepasst hat. Nein, Ergebnisse müssen schlicht und einfach akzeptiert werden.

(Sabine Leidig [DIE LINKE]: Es ging um den Anfang und nicht um das Ende einer verfahrenen Geschichte!)

Da dankenswerterweise viel von dem Handbuch zur Bürgerbeteiligung die Rede war, sage ich: Man will mehr Bürgerbeteiligung. Deswegen soll es nicht ohne Bürgerbeteiligung zustande kommen. Wir geben die Möglichkeit, sich bis Mai – das ist die Frist – auf allen möglichen Kommunikationswegen daran zu beteiligen. Ich lade auch Sie dazu ein.

Noch ein Wort zu dem Antrag der SPD:

(Bettina Hagedorn [SPD]: Das ist der Tagesordnungspunkt! Das ist das eigentliche Thema!)

Dieser Antrag ist gekennzeichnet durch einen regelrechten Drang nach zusätzlicher Regulierung.

(Beifall des Abg. Patrick Schnieder [CDU/CSU])

**Bundesminister Dr. Peter Ramsauer**

- (A) Daran kann uns allen nicht gelegen sein. Ich lese hier von einem Anspruch auf einen „Bürgeranwalt mit entsprechendem Etat“ – oje, oje! –, über umfassende Verpflichtungen für die öffentlichen Planungsträger und den Nachweis entsprechender Bürgerbeteiligung. Das reicht bis zu Volksentscheiden über die Bedarfspläne für Bundesverkehrswege.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Dirk Fischer, ich greife deinen Vorschlag auf – das ist ein toller Vorschlag –: Wir sollten den Ländern, in denen es einen SPD-Verkehrsminister gibt – inzwischen gibt es wieder einige in den Ländern –, entsprechende Projektstudien vorschlagen. Ich weiß, was passieren würde, wenn das ernst gemeint wäre: In der nächsten Länderverkehrsministerkonferenz kämen die SPD-Landesverkehrsministerkollegen alle einzeln zu mir und würden mich fragen, ob ich an dieser Stelle nicht mit einer Weisung einschreiten könne, damit so etwas unterbleibt.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Was? Sie wollen doch den Bundestag nicht anweisen?)

Lassen Sie uns das Ziel, Bürger mit ihrem Wissen wesentlich besser in unsere Planungsprozesse einzubinden, doch miteinander weiter verfolgen, damit Deutschland weiterhin nicht nur das Land der Ideen ist, worauf wir stolz sind und wofür wir bewundert werden, sondern auch das Land des Ausführens und Verwirklichens bleibt; denn auch das gehört zu unserer Identität. Wir wollen unsere Ideen umsetzen – mit viel Bürgerbeteiligung und auf möglichst kurzem Wege.

(B)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Sören Bartol von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD:  
Jetzt kommt eine strukturierte Rede!)

**Sören Bartol (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Ramsauer, ich muss ganz ehrlich sagen: Wer Ihre Rede gehört hat,

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Ist begeistert!)

hat festgestellt, dass es Ihnen schwerfällt, den Unterschied zwischen Bundesverkehrswegeplanung und Investitionsrahmenplan zu erklären. Angesichts dessen sollten Sie vielleicht etwas charmanter mit dem Parlament umgehen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Hallo! Weil du das nicht verstanden hast, brauchst du den Minister nicht zu beleidigen! Das ist ja unglaublich!)

Bürgerbeteiligung ist der Schlüssel für eine moderne Infrastrukturpolitik. Sie ist auch der Schlüssel, wenn wir Konflikte, wie wir sie bei Stuttgart 21 erlebt haben, künftig abmildern oder – das wäre am besten – vermeiden wollen. Ich freue mich deshalb, dass nun auch Sie, Herr Minister, ein Jahr nach Stuttgart 21, die Bürgerbeteiligung für sich entdeckt haben. Wenn Ihnen Bürgerbeteiligung allerdings so wichtig ist, wie Sie behaupten, dann frage ich mich: Warum praktizieren Sie sie denn nicht? Ihr Ministerium arbeitet seit zwei Jahren unter sorgfältigem Ausschluss jeglicher Öffentlichkeit an einem neuen Bundesverkehrswegeplan. In Berlin hat die Ihnen unterstellte Deutsche Flugsicherung die neuen Flugrouten buchstäblich über die Köpfe der Menschen hinweg festgelegt.

(Patrick Döring [FDP]: Quatsch!)

Als das Umweltbundesamt ein Gutachten zur Lärmbelastung der Anwohner veröffentlichen wollte, hatte Ihr Staatssekretär nichts Eiligeres zu tun, als genau dies verhindern zu wollen. Ist das die von Ihnen versprochene neue Transparenz und Beteiligungskultur? Beim Feldversuch mit Lang-Lkw umgehen Sie sogar die gewählten Volksvertreter im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Sie wollen nicht einmal uns gewählte Volksvertreter an Ihrer Politik beteiligen.

(Dr. Tobias Lindner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Scheinbeteiligung!)

Als es um die Bürgerbeteiligung und den Volksentscheid bei Stuttgart 21 ging, waren Sie völlig abgetaucht, Herr Minister. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, mögen Volksentscheide nicht ganz geheuer sein.

(Patrick Döring [FDP]: Doch! Doch!)

Was für die einen ein Mehr an Demokratie ist, bedeutet für andere, wie wir diese Woche von einem Kollegen aus dem Deutschen Bundestag erfahren durften, die „Tyrannei der Masse“.

(Oliver Luksic [FDP]: Falsch verstanden!)

Die SPD hat sich massiv für einen Volksentscheid zu Stuttgart 21 eingesetzt. Das Volk ist verantwortungsvoll mit dieser Entscheidung umgegangen. Daher lautet mein Appell: Lassen Sie uns gemeinsam Volksentscheide auf Bundesebene einführen! Damit stärken wir unsere repräsentative Demokratie.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
LINKEN)

Wir haben unsere Vorschläge für eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bereits im Herbst letzten Jahres vorgelegt und breit mit Verbänden, Bürgerinitiativen und gesellschaftlichen Gruppen darüber diskutiert. Ein halbes Jahr später hören wir vom Bundesverkehrsminister, dass auch er die Bürgerinnen und Bürger künftig beteiligen will. Wie wenig ernst es die Bun-

(C)

(D)